

IHRE FRAGE ZUM KLIMA

Nun haben uns eine ganze Reihe von Fragen zur Klimapolitik erreicht, die ich für Sie zur Übersicht im FR-Blog aufgelistet habe. Dort kann darüber diskutiert werden, und natürlich besteht auch die Möglichkeit, weitere Fragen anzubringen. Nutzen Sie dazu bitte die Kommentarfunktion des Blogs. Falls Sie nicht wissen, wie das funktioniert, gibt es hier einen Crashkurs:

frblog.de/einfuehrung

Das FR-Blog ist das Forum der FR-Leserinnen und -Leser. Sie finden die Liste der Fragen unter

frblog.de/klimafragen

Ihr Bronski

Zu Fuß ginge es schneller

Erwiderung auf „Nicht geleert, nicht erreichbar“, Leserforum vom 22.11.

Was Frau Reuning aus Bischofsheim schreibt, kann ich mehrfach bestätigen. Dazu den letzten Fall: Ein kleines Paket wird in Blaubeuren aufgegeben, wird zwei Tage später in Eschborn zu gestellt, ohne vorher irgendwelche Informationen, wie in der Vergangenheit. Der DHL-Austräger trifft niemanden an, nimmt das Paket mit und stellt es in die Packstation, Luftlinien etwa 1,5 Kilometer entfernt. Der DHL-Austräger informiert niemand über sein Tun.

Mittlerweile ist das Paket wieder beim Absender. Es musste neu gepackt werden, da es in einen zweifelhaften Zustand war, und wird erneut zugestellt, die Absenderin beklagte 7,50 Euro, die wieder fällig werden. Ob es diesmal ankommt?

Zu Fuß wäre man von Eschborn nach Blaubeuren und zurück schneller als DHL gewesen. DHL hat wohl kein Interesse an Kleinaufträgen, nur Großkunden sind willkommen. Wie lange noch?

Die DHL-Zusteller beherrschen die deutsche Sprache nur minimal. Gerhard Kuhn, Eschborn

Nicht mal ein Offensivchen

Zu: „Haushälter erhöhen Scholz-Etat um 1,66 Milliarden“, FR-Politik v. 16.11.

In der Politik wird immer gerne von Bildungsoffensive gesprochen. Darum war im ersten Haushaltsentwurf 2020 eine Kürzung (!) des Bildungsetats von 2,9 Prozent vorgesehen. Im jetzigen Entwurf steht nun eine Steigerung des Bildungsetats von 0,1 Prozent. Da kann sich allerdings niemand der Beteiligten stolz auf die Schulter klopfen, denn selbst mit sehr viel Wohlwollen kann da noch nicht einmal von Bildungsoffensiven gesprochen werden.

Fritz Brehm, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen.
Montag, 25. 11, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt.

Peter Hanack moderiert die Preisverleihung an die Science-Tours im Regionalpark Rhein-Main durch die UN-Dekade Biologische Vielfalt. Die Touren mit Wissenschaftlern der Goethe-Universität machen den Regionalpark zum Outdoor-Klassenzimmer.
Freitag, 29. November, 10 Uhr
Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben, Frankfurter Straße 76, Flörsheim

Lutz Büge liest aus seinem neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“.
Freitag, 29. November, 20 Uhr
Frankfurter Autorentheater, Bachmannstr. 2-4, Frankfurt



KLIMASTREIK

Und nun die Welt retten

USA:
Energiewende trotz Trump
Marokko:
Solarrevolution in der Wüste
China:
Aufforstung XXXL

Am 29. November
globaler Klimastreik

FR-Sonderausgabe

Die Grünen werden sich die Zähne ausbeißen

Grünen-Parteitag: „Mehr Worte als Werte“, FR-Meinung vom 18. November

Können die Grünen Paradigmenwechsel?

Offenbar ist der Glaube daran verloren gegangen, dass es eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDU geben kann, auch bei den Grünen. Von daher nähern sie sich schon mal vorsichtig deren Positionen an. Und sie demonstrieren Geschlossenheit. Das haben CDU und SPD auch einmal getan, aber dies wird nicht genügen, wenn nicht auch die Fähigkeit zum Dissens, zum konstruktiven Streit und zur parteiinternen Konfliktauflösung dazu kommt beziehungsweise ob all der Geschlossenheit erhalten bleibt.

Die Grünen haben inzwischen erkannt, dass es eine neue Definition von Wohlstand braucht. Darauf habe ich in Leserbriefen öfter hingewiesen. Demokratische Verhältnisse, Felder, die nicht vergiftet sind, saubere Luft und sauberes Trinkwasser sind die Wohlstandskriterien der Zukunft, um nur einige zu nennen. Ich befürchte, auf dem Weg zur Volkspartei werden uns die Grünen weiterhin verschweigen, dass wir auch Verzicht leisten müssen, dass wir nicht nur anders verbrauchen, sondern deutlich weniger. Und ein „Weiter so“ mit scheinbar ewigem Wirtschaftswachstum plus einem Klimaretungspaketchen, wofür die CDU steht, wird nicht genügen. Es braucht einen Paradigmenwechsel, vor allem in der Wirtschaftspolitik. Robert Maxeiner, Frankfurt

Ein vages und gnädiges Versprechen

Der Vorschlag der Grünen zum Wohnungstausch ignoriert komplett die Bedeutung, die eine vertraute Umgebung und erst recht eine Nachbarschaft, Einkaufswege etc. gerade für ältere Menschen haben. Mieter mit langjährigen Mietverträgen sind



Annalena Baerbock wurde auf dem Parteitag der Grünen mit einem Traumergebnis wieder zur Vorsitzenden gewählt. DPA

außerdem oft besser gegen Vermieterwillkür geschützt. Beides sollen die Älteren nun aufgeben mit dem vagen, gnädigen Versprechen, dass die kleinere Wohnung nicht teurer wird als die alte. Und wieso sind Drei- oder Vierzimmerwohnungen für ältere Menschen zu groß? Wo sollen Kinder und Freunde übernachten nach einem Tausch gegen eine Zweizimmerwohnung? Vielleicht muss auch mal eine Pflegeperson einziehen. Das Recht, Angehörige zu pflegen und dabei unterstützt zu werden, kann ohne ausreichenden Wohnraum gar nicht wahrgenommen werden.

Der Vorstoß der Grünen ist undurchdacht und dient keineswegs dem Frieden zwischen den Generationen – ganz im Gegenteil. Er zielt auf Entmündigung der Älteren, denen der Schwarze Peter in Gestalt der Verantwortung für mangelnden Wohnraum für junge Familien zugeschoben wird.

Die Verantwortung trägt aber der Staat, der öffentlich verwalteten Wohnraum zu Schleuderpreisen verkauft hat – und zwar auch überall dort, wo die Grünen an Regierungen beteiligt waren. Sie sollten gefälligst zu ihrer Verantwortung stehen,

statt mit solchen Vorschlägen ihr Klientel zu pflegen.

Susanne Roether, Frankfurt

Die Ökonomie des Wachstumszwangs

Tarek AL-Wazir will den Kapitalismus ökologisch und sozial lenken. Die soziale Lenkung hat seit der Französischen Revolution 1789 nicht funktioniert. Die Ökologie verlangt eine geplante Balance zwischen Verbrauch und Nachwachsen irdischer Ressourcen. Das kann der Kapitalismus nicht. Regulierung ist für die Befürworter des Kapitalismus sozialistisches Teufelswerk. Sie verweisen wie AL-Wazir gerne darauf, dass der „Realsozialismus“ gescheitert ist. Die Frage, ob dieses System sozialistisch war, ist so sehr mit Nein zu beantworten wie die Frage, ob der Kapitalismus eine Marktwirtschaft ist. Das Wort Markt für die Ökonomie des Wachstumszwangs ist eine Nebelkerze. Die Grünen werden sich daran die Zähne ausbeißen und letztlich scheitern. Dafür hat dieser Parteitag die Grundlage gelegt. Schade. Das letzte Grün unserer Zeit ist rot.

Bernhard Trautvetter, Essen

Diskussion: frblog.de/bielefeld

An einem Tag im November, nicht im April

Zu: „CDU will Schulen beflaggen“ und „Mit Fahne in die Schule“, FR-Politik und -Meinung vom 21. November

Die Last der Hausmeister mit den Fetzen

Die Antragskommission für den CDU-Parteitag hat die Annahme empfohlen, also gehe ich davon aus, dass der Antrag angenommen wird. Stephan Hebels Kommentar (bzw. Spekulation) endet mit dem Satz: „Die Finanzierung bleibt offen.“ Ich füge an: Da Bildung Ländersache ist, die sachliche Ausstattung der Schulen in den Händen der Kommunen liegt und die Hausmeister schon jetzt zu den eher wenigen Anlässen im Laufe eines Kalenderjahres (z.B. Europatag, ein bundesweiter Trauertag etc.) die Last damit haben, die drei im Antrag genannten Fahnen auf- und dann wieder abzuhängen, bleibt die eigentliche Arbeit wieder einmal „unten“ zu tun.

Klamme Kommunen müssen die nun ständig Wind und

Wetter ausgesetzten Flaggen sicherlich häufiger ersetzen als bisher, sollen nicht irgendwelche Fetzen an den Masten hängen. Der Hausmeister muss beobachten, ab wann die Flaggen wohl eines Ersatzes bedürfen; er hat ja auch sonst nichts zu tun und geht zudem auch nicht gerade dem bestbezahlten Beruf nach.

Wer also hat wirklich etwas von diesem Vorschlag, sollte er denn überhaupt bundesweit durchzusetzen sein (siehe „Ländersache“)? „Die Wirtschaft“, nämlich jene Unternehmen, die Flaggen herstellen. Wen wundert dann dieser Vorschlag noch? Mich nicht, denn es „der Wirtschaft“ recht zu machen, gehört doch zur DNA der CDU (der heute endlich das „C“ abhanden gekommen ist, jedenfalls das auf dem First der Partei zentrale in Berlin).

Roswitha Ristau, Braunschweig

Wie wär's mit Fahnenappell montags auf dem Schulhof?

Als ich heute die Nachricht las, schaute ich irritiert auf dem Kalender nach, ob nicht vielleicht heute der 1. April ist. Eigentlich oder hoffentlich müsste diese Meldung eine Zeitungssente oder ein Scherz sein.

Als nächstes kämen dann in jedes Klassenzimmer neben dem bayrischen Kreuz noch Porträts von Bundeskanzlerin und Bundespräsident. Außerdem würde ich vorschlagen, jeden Montagmorgen ein Fahnenappell auf dem Schulhof zu veranstalten, wie ich es in meiner Kindheit in der DDR erlebt habe.

Die Vermittlung von Werten hat ja wohl nichts, aber auch gar nichts mit Patriotismus zu tun. Es gibt sicher viele bessere Möglichkeiten, Schülern Werte und Demokratieverständnis zu vermitteln. Gisela König, Bad Vilbel